

„Einen besonderen Glückwunsch haben wir zu richten an den Niedersächsischen Landtag zum Einzug in sein eigenes Gebäude, das Leineschloß in Hannover. Als die Auseinandersetzungen darum gingen, ob man das Schloß als Parlamentsgebäude wählen sollte oder nicht, haben wir mit allem Nachdruck eine positive Entscheidung empfohlen und uns dann auch unter den verschiedenen Bauentwürfen für denjenigen eingesetzt, der inzwischen ausgeführt worden ist. Wir meinen, der Landtag war gut beraten, so zu verfahren. Gerade die Demokratie braucht sichtbare Symbole und die deutliche Anknüpfung an die Geschichte.“

ROTE MAPPE des NHB 1962

„Was bald wie irgendeine lästige Frittenbude niedergelegt werden soll, zählt zum Besten der Wiederaufbaumoderne der Bundesrepublik.“

Dieter Bartetzko,
FAZ vom 18. März 2010
zum geplanten Abriss des Plenarsaal-
gebäudes in Hannover

EntschlieÙung des Niedersächsischen Heimatbundes zum drohenden Abriss des Plenarsaals des Niedersächsischen Landtags in Hannover

Das Gebäude des Niedersächsischen Landtags hat der Bund Deutscher Architekten noch vor kurzem als einen „Meilenstein für die Formulierung einer demokratischen Architektur in Deutschland“ bezeichnet und sich aus diesem Grund wie viele andere nationale und internationale Fachleute entschieden gegen einen Abriss gewandt. Eine entsprechende Protestreaktion hat diese Absicht in großen Teilen der niedersächsischen Bevölkerung auch deshalb ausgelöst, weil mit dem Abriss des Plenarsaals des unter Denkmalschutz stehenden Niedersächsischen Landtags eines der bedeutendsten Zeugnisse der Nachkriegsgeschichte und der Demokratie Niedersachsens zerstört würde.

Der Niedersächsische Heimatbund lehnt aus den genannten Gründen ebenfalls den geplanten Abriss des Plenarsaales ab. Weil sich der Landtag mit einer solchen Maßnahme über das von ihm selbst beschlossene Denkmalschutzgesetz hinwegsetzen und damit für jeden erkennbar vitale Interessen des Denkmalschutzes missachten würde, befürchtet er darüber hinaus, dass dadurch die Bereitschaft der niedersächsischen Bevölkerung, sich im persönlichen Umfeld für den Denkmalschutz einzusetzen, erheblichen Schaden nimmt. Wie aufgrund dieser Mehrheitsentscheidung des Parlaments ein gesetzeskonformes, gerechtes Handeln des Landes möglich sein soll, ist darum für den Niedersächsischen Heimatbund nicht erkennbar.

Niedersachsentag Verden, 7. und 8. Mai 2010